

6./XI. 1915

### Beratung und Beschlüsse der Christlichsozialen Oberösterreichs.

Am. Die christlichsozialen Abgeordneten Oberösterreichs hielten dieser Tage in Linz eine Beratung ab, zu der sämtliche der christlichsozialen Partei Oberösterreichs angehörigen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten erschienen. In derselben wurde zunächst auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, der Stellung der gewählten Volksvertreter, denen die zuständigen Stellen zur wirksamen Vertretung der Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung in der heutigen schweren Zeit fehlen. Es wurde die vollste Einigkeit der Partei in jeder Hinsicht festgestellt und einhellig beschlossen, für die Kriegsanleihe auf das eifrigste zu arbeiten.

Landeshauptmann Hauser wurde ersucht, sich wie bisher in der Frage der Einberufung der 43- bis 50-jährigen Gemusterten einzusetzen, damit die Kriegsverwaltung die wirtschaftlichen Verhältnisse insbesondere der Landwirte und Gewerbetreibenden berücksichtige und den Geschäftsleuten ebenso wie den Bauern ab und zu vierzehntägige Urlaube zu gewähren, damit diese ihre Betriebe aufrechterhalten können.

Für eine ausreichende Fürsorge für die heimkehrenden Krieger wurden von der Regierung die weitestgehenden Vorkehrungen verlangt und die Bereitwilligkeit der Partei erklärt, alle diesbezüglichen Maßnahmen und Veranstaltungen tatkräftigst zu unterstützen. Die Landesverwaltung wurde ersucht, der Kriegerfürsorge u. dgl. gleichfalls alle Hilfe zuzuwenden und wenigstens eine Million Kronen zu widmen. Das Land solle den oberösterreichischen Soldaten in Linz ein würdiges Kriegerdenkmal errichten.

Betreffend die Beschaffung von Lebensmitteln sowie von Futter- und Futtermitteln wurden verschiedene Vorschläge gemacht und durch die Abgeordneten Doktor Mayr, Brandl, Frankenberger, Waldl und Weiß dem Statthalter Freiherrn von Handl zur Kenntnis gebracht, der die Abordnung freundlichst empfing und deren Wünsche und Beschwerden mit der Versicherung tunlichster Abhilfe entgegennahm. Die bäuerlichen Abgeordneten erklärten sich zur Mitarbeit gegen Wucher und Preistreiberei in jeder Hinsicht bereit.

Die Partei erklärte sich ferner bereit, mit den anderen Parteien des Landes zur Lösung der großen politischen gesamtstaatlichen Aufgaben zusammenzuarbeiten und insbesondere die tunlichste wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich anzustreben. An die kaiserliche Kabinettskanzlei wurde eine Guldigungskundgebung gerichtet und an das Armeekommando Glückwünsche und herzliche Grüße den braven Kämpfern im Felde. Beide Kundgebungen wurden seitens der kaiserlichen Kabinettskanzlei sowie des Armeekommandos dankend entgegengenommen und mit wärmsten Ausdrücke erwidert.